

Quartjährig	6 fl. — kr.
Halbjährig	3 „ — „
Vierteljährig	1 „ 50 „
Monatlich	— „ 50 „

Quartjährig	9 fl. — kr.
Halbjährig	4 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 5 kr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmahr & S. Bamberg).

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Die Parteien im Lande.*

II. Die Nationalen und die Deutschen.

Wir haben im Lande Krain so zu sagen zwei Parteien. Um sich zu unterscheiden, hat sich durch den Gebrauch eine Kennzeichnung derselben herausgebildet, indem sich die einen die Nationalen nennen, die andern die Deutschen genannt werden. Während sich die erstern des Titels die „Nationalen“ selbst bedienen, ist den andern der Titel „die Deutschen“ gegeben worden, während sie selbst es vorziehen, sich die Liberalen oder die Verfassungsfreunde zu nennen. Sind die Titel die Nationalen und die Deutschen bezeichnend und charakteristisch? Wir sagen nein. Denn abgesehen davon, daß weder die Nationalen aus lauter Slovenen, noch die Deutschen aus lauter Deutschen bestehen, ist der Begriff national kein Vorrecht einer Partei, denn national ist jeder, der von einer Nation ist. Der Slovene, welcher einen andern Weg einschlagen will, um sein Vaterland glücklich zu machen, als ihn andere versuchen, ist auch national, wenn er auch nicht zu den Nationalen gezählt wird. Noch weniger bezeichnend ist der Titel „die Deutschen.“ Denn außer den Deutschen, die in den Städten des Landes wohnen, den Bewohnern des Herzogthums Gottschee und einem großen Theile unserer Großgrundbesitzer und des Adels sind es gerade geborne Slovenen, welche der Partei ihre beachtenswerthe Stärke geben. Das haben die sogenannten Nationalen auch gefühlt und daher für die Partei einen Spottnamen erfunden, die Reimstutarij, die Deutschthümmler. Damit ist aber der Schwerpunkt des Parteiunterschiedes nicht mehr auf die Geburt der Parteiangehörigen gelegt, sondern auf die politische Tendenz. Mit diesem Titel haben die Nationalen somit zugegeben, daß es im Lande Krain Eingeborene gibt, welche das eine Ziel, und Eingeborene, welche ein anderes Ziel verfolgen. So

* Siehe Nr. 3.

steht faktisch die Sachlage. Es gibt daher zwei Parteien, welche jede ihre Berechtigung haben, nämlich jene Berechtigung, wie sie in jedem freien Staate anerkannt wird, die politische Ueberzeugung frei zu äußern und ihr mit gesetzlichen Mitteln Geltung zu verschaffen. Man sollte glauben, die Sache ist so einfach, daß man darüber gar nicht weiter zu sprechen braucht. Allein man hat den Sinn des Volkes bestrickt und verwirrt, man hat Schlagworte geschaffen, welche momentan zünden und sich an die Stelle der Ueberlegung und der ruhigen Beurtheilung setzen. Man hat das Schlagwort erfunden, die Slovenen sind keine Partei, denn der Hausherr kann keine Partei sein. Ist denn eine politische Partei und eine Zinspartei dasselbe, kann überhaupt nur ein Vergleich zwischen beiden gemacht werden? Dieses Schlagwort wäre als ein einfaches schlechtes Wortspiel zu belächeln, wenn das Volk aus der falschen Voraussetzung sich nicht bedenkliche falsche Schlüsse gezogen hätte. Die Nationalen sahen sich in Folge dieses Wortspiels als Hausherrn an, bei welchen die Nichtnationalen (sit venia verbo) zur Miete wohnen. Die Nationalen hätten daher das Recht uns, die wir andere politische Anschauungen haben, zu kündigen, respektive uns hinauszuerwerfen, uns vielleicht auch den Miethzins zu steigern, wie es moderne Hausherrn zu thun lieben, sie könnten uns am Ende gar verbieten, Kinder zu haben, denn es gibt ja bekanntlich Hausherrn, welche Parteien mit Kindern nicht akzeptiren.

Doch abgesehen vom Scherze liegt eine juristische Konsequenz in dem Sage, den der Bauer am Lande nachbetet. Man gesteht uns damit nicht mehr das Recht politischer und sozialer Freiheit zu, man anerkennt ja damit nicht mehr unsere Berechtigung, eine politische Partei zu sein. Wir leben zu Gnaden, und müssen jeden Augenblick den Bündel geschmürt in Bereitschaft halten. Ist das Gleichberechtigung, mit der man sonst den Mund so voll

nimmt, ist das Toleranz? Nein das ist Faustrecht, das ist ein unerhörtes Verkennen staatlicher und politischer Freiheit. Vergessen denn die Herren, daß wir österreichische Staatsbürger sind, daß wir so gut Steuern zahlen wie sie, daß nicht die Slovenen, sondern der Staat unser Hausherr ist? Der Staat aber sind alle Bürger desselben. Wir partizipiren daher am Hausrechte so gut wie die, welche uns als geduldete Gäste betrachten wollen.

Nach dieser Abschweifung wollen wir wieder anknüpfen an unserer Auseinandersetzung der Sachlage. Unsere Parteien sind demnach nicht so sehr durch die Geburt, als durch die Tendenz verschieden. Eines will ich annehmen, daß in letzter Linie beide Parteien dasselbe Ziel anstreben, nämlich das Glück und das materielle Wohl des Volkes in Krain unter der Hegide eines mächtigen Oesterreichs. Denn einzelne Spuren abträglicher Tendenzen sind so vereinzelte geblieben und scheitern an dem gesunden und loyalen Sinne unseres Volkes, daß wir darüber schweigend hinweggehen. Also im letzten Ziele sind beide Parteien einig, die Mittel und Wege aber, welche beide Parteien als die richtigen und der Erreichung des Zieles günstigen ansehen, sind verschiedene.

Wir kommen da schon wieder auf ein Schlagwort zu sprechen, mit welchem man des Volkes Urtheil zu trüben gesucht hat. Man sagte, so wenig es in Frankreich eine französische Partei, in England eine englische Partei gibt, eben so wenig kann es in Krain eine slovenische Partei geben. Abgesehen davon, daß es in Krain thatsächlich zwei Volksstämme gibt und insoferne allerdings von einer slovenischen Partei die Rede sein könnte, so folgt eben daraus, was wir oben erwähnt haben, daß die Benennung der Parteien nach Geburt und Abstammung eine falsche ist, daß man daher die Parteien nach ihrer Tendenz kennzeichnen muß. Es gibt in Frankreich allerdings keine französische Partei, aber es gibt liberale und klerikale, es gibt eine Berg-

Fenilleton.

Ein Eselsprozeß.

Die Geschichte der Rechtspflege weist manchen Prozeß auf, der den Namen eines Eselsprozesses verdient. Doch ein, durch einen leibhaften, zur Klasse der Einhufer gehörigen Esel veranlaßter Prozeß dürfte zu den Seltenheiten gehören, und eben sowie jener der Abderiten um des Esels Schatten einer vorzugsweisen Erwähnung werth sein. Der deutsche Volkschriftsteller F. Rank führt in einem Aufsätze über Prozesse unter dem Landvolke auch folgenden Eselsprozeß an:

Im südlichen Tirol trieb eines Tages ein Bauer, Namens Gotter, seinen mit Butter und Käse beladenen Esel von der Alpe herab, als ihm ein zweiter Bauer Namens Bosler begegnete.

Gotter sprach den Bosler um ein Prisen Tabak an, die ihm jedoch verweigert wurde.

Gotter fragte darauf, ob er denn alsdann eine Prisen erhalten würde, wenn er für dieselbe

seinen Esel sammt der darauf befindlichen Waare abgeben würde?

Bosler konnte einem so glänzenden Antrag nicht widerstehen, er gab dem Gotter die Prisen Tabak und dieser übergab ihm den beladenen Esel.

So gingen sie in bester Eintracht, Bosler seinen beladenen Esel führend über den Berg herab, bei der Wohnung des Gotter vorbei bis in das Dorf, wo Bosler ansässig war

Beim Hause angekommen sagte dieser jetzt: „Na Gotter, da nimm Du Deinen Esel wieder, ich sehe die Sache doch nur für einen Scherz an, da ja eine Prisen vom besten Tabak doch nicht so viel werth sein kann, als Dein Esel sammt der Waare.“

Darauf erwiderte Gotter, daß er natürlich die Sache ganz von der nämlichen Seite angesehen habe, aber deshalb gerade auch verlangen müsse, daß Bosler ihm nicht hier, sondern vor seinem Hause, wo sie früher vorbeigingen, seinen Esel übergebe.

Hierüber geriethen beide in Wortwechsel und da keiner den Esel nehmen wollte, begaben sich beide zum Gemeindevorstand, um ihren Streit auszusprechen.

Der Gemeindevorstand suchte sie zu vergleichen, aber vom Gelingen eines Vergleiches war keine Rede und Gotter und Bosler verließen mit Zurücklassung des beladenen Esels das Haus.

Der Gemeindevorstand in der Meinung, so in seiner Amtspflicht zu handeln, ließ nun den Esel entlasten und Butter und Käse in ein Verkaufsgewölbe unterbringen, den Esel aber gab er in das dortige Gasthaus zur einstweiligen Verpflegung.

Nun klagte Gotter den Bosler und stellte das Begehren: der letztere sei für verpflichtet zu erklären, ihm den Esel wieder ins Haus zu stellen und nebenbei alle Kosten zu vergüten. Der Prozeß begann und dauerte beinahe ein volles Jahr, bis er in erster Instanz nach dem Begehren des Klagenben entschieden wurde.

Dagegen appellirte Bosler und es wurde letztes Urtheil in zweiter Instanz abgeändert und in dritter Instanz nach dieser neuen Fassung bestätigt.

Nun wollte Gotter seine Waare abholen und auf seinem Esel nach Hause treiben, allein es wurde ihm erklärt, daß ihm die Erlaubniß dazu

partei und Mameluken, es gibt Imperialisten und Legitimisten, Bourbonisten, Orleansisten, Republikaner und Sozialdemokraten u. s. w. Und so gibt es auch in Krain keine slovenische Partei, aber es gibt liberale und Klerikale, es gibt Verfassungsfreunde und Verfassungsfeinde u. s. w. Man bezeichnet daher die Parteien nach ihrer politischen Tendenz. In keinem Lande gibt es so viele Parteien wie in Frankreich, doch keine Partei vindiziert sich dort Hausherrenrechte und niemand theilt dort die Parteien nach der Geburt der Angehörigen, sondern nach der politischen Richtung, die sie einschlagen.

Eine keizerliche Antwort auf eine päpstliche Einladung.

Bekanntlich hat der Papst zu dem nächsten ökumenischen Konzil auch geistliche Vertreter der verschiedenen katholischen Religionsbekenntnisse eingeladen. Aber die eingeladenen „Keger“ haben nicht die mindeste Lust dazu, sie lehnten vielmehr die Ehre, mit den Zierden der katholischen Kirche in einer Versammlung zu sitzen und dajelbst eine fruchtlos widersprechende Minderheit zu bilden, sehr entschieden ab. Der Patriarch von Konstantinopel hat bereits vor längerer Zeit im Namen der griechischen Kirche jede Theilnahme an dem allgemeinen Konzile verweigert und in seinem an den Papst gerichteten Schreiben den alten Rangstreit zwischen Rom und Byzanz neuerdings hervorgekehrt. Der Berliner Oberkirchenrath hat ebenfalls sehr energisch für die Ehre gedankt. Jetzt läßt sich aus dem protestantischen Lager eine zweite Stimme vernehmen, welche die Unmöglichkeit, das widersinnige der Zumuthung betont, daß Vertreter des reformirten Christenthums sich an einem Konzile betheiligen sollten, welches nur den Zweck hat, der päpstlichen Gewalt neue Stützen unterzuschieben und möglicherweise neue Dogmen festzustellen. Die Stimme kommt aus dem protestantischen Rom, aus dem republikanischen Genf. Die „Compagnie des pasteurs de l'Eglise de Genève“, wie ihr etwas kaufmännischer Titel lautet, hat eine Ansprache an die Gläubigen erlassen, die als Antwort auf die Einladung des Papstes gelten mag. Sie ist im wesentlichen polemisch gegen den Katholizismus, sagt aber viel wahres und richtiges, das über den einseitigen Standpunkt der Konfession hinausgeht und einen neuen Beweis dafür liefert, daß der Protestantismus dem Fortschritte der Geister wenigstens nicht feindlich gegenübersteht.

Der katholischen Kirche, heißt es in dem Altentstücke der Genfer Pastoren, warf man stets den Mißbrauch der Ceremonien, der äußeren Formen vor; sie hat deren noch neue erfunden. Man warf ihr ferner den Ablaß vor. Sie verkauft ihn zwar nicht mehr in so seltsamer Weise wie früher, aber, ob verkauft oder gespendet, sie war niemals so ver-

nicht früher ertheilt werden könne, als bis er die Verpflegskosten für seinen Esel bar erlegt haben würde.

Die Bezahlung dieser Forderung verweigerte aber Götter, indem er sagte, der Wirth möge sich nur von demjenigen bezahlen lassen, der ihm den Esel zur Verpflegung gegeben.

Wirklich klagte der Wirth den Gemeinderath auf Zahlung der Verpflegskosten, und obgleich dieser einwendete, daß er nicht im Privatwege, sondern nur in seiner Amsthätigkeit ihm den Esel in Verpflegung gegeben habe, so wurde er dennoch zur Zahlung verurtheilt.

Dies war die zweite Abtheilung des Prozesses. Nun aber belangte der Gemeindevorstand den Eigentümer des Esels im Regreßwege auf den Ersatz der wirklich von ihm an den Wirth bezahlten Verpflegskosten und das Gericht entschied wirklich dahin, daß dem Gemeindevorstande von Seiten Götters die Verpflegskosten ersetzt werden sollen. Damit endete die dritte Abtheilung des Prozesses, welcher in mehr als einer Beziehung um den Namen eines „Eselprozesses“ sich verdient gemacht hat.

schwenderisch mit demselben wie heute. Man warf ihr die Klöster vor und die Heiligen, die oft mehr als Gott verehrt wurden. Niemals, selbst im Mittelalter nicht, hat sie mehr Klöster errichtet, als jetzt überall dort, wo die Geseze dies gestatten; auch hat sie niemals so viel Heilige gemacht, niemals wurden so viele Reliquien von Rom verschickt, um Altäre zu suchen. Das römische System ist sich gleich geblieben. „So ist das Joch, unter welches zurückzukehren man auch heute auffordert und das in dem Augenblicke, wo große katholische Völker sich ermannen haben, es zu brechen. Wächten sie nur begreifen, daß das einzige Mittel, es für immer zu brechen, darin liegt, ihren Glauben wie alles übrige anderwärts, als in Rom zu suchen. Für euch, die ihr das längst gethan, würde es sich um nichts weniger handeln, denn als Christen euren Glauben an die Bibel, als Menschen die freie Ausübung eurer Vernunft und eures Gewissens, als Bürger alle Grundsätze der heutigen Gesellschaft abzuschwören.“ Sprechen die Herren Pastoren hier gleich etwas pro domo, so ist doch der folgende Hinweis auf die Länder, in welche die moderne Bewegung noch nicht eingedrungen, um so schlagender. In diesen echt katholischen Ländern, sagen sie, gibt es keinen Volksunterricht, keine oder wenig Industrie, kein öffentliches Leben, kein geistiges Leben überhaupt.

Die erste Konferenzsitzung.

Paris, 10. Jänner. Die Konferenz hat gestern in ihrer ersten Sitzung sich in nachstehendem geeinigt:

Die Bevollmächtigten der Pariser Vertragsmächte, versammelt, um die Mittel zu finden zur Schlichtung der Differenz, welche sich zwischen der Türkei und Griechenland erhoben hat, erkennen es als ihre erste Pflicht, den Betheiligten zur Kenntniß zu bringen, daß sich die Konferenz konstituiert hat.

Die Reklamationen, welche in dem an Griechenland übergebenen türkischen Ultimatum formuliert wurden, sind von nun an der Prüfung der Mächte unterworfen, welche sich der Ueberzeugung hingeben, daß die Regierungen des Sultans und des Königs von Griechenland sich auf das gewissenhafteste aller Schritte enthalten werden, welche den status quo verändern und die Aufgabe erschweren könnten, der sich die Mächte unterzogen haben. Sie zögern somit nicht, an die Mäßigkeit der Pforte zu appelliren und von ihr zu wünschen, daß sie die Ausführung der im Ultimatum angedrohten Maßregeln bis zum Schlusse der Konferenzarbeiten suspendire. Sie laden gleichzeitig das griechische Gouvernement ein, jene Dispositionen zu treffen, welche geeignet sind, auf seinem Gebiete alle feindseligen Manifestationen, sowie auch jede bewaffnete Expedition zu Land und zur See, die einen Konflikt mit der ottomanischen Macht hervorrufen könnten, zu verhindern.

Dieser Beschluß der Konferenz wurde gleichzeitig nach Konstantinopel und Athen bekanntgegeben.

Als verlässlich verlautet, daß bei dieser ersten Sitzung allseitig die versöhnlichsten und friedlichsten Dispositionen hervorgetreten sind.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Ein französischer Staatsanwalt.

In Frankreich erregt der Rücktritt des kaiserlichen Staatsanwalts in Toulouse, Baron Seguiet, von seinem Posten allgemeines Aufsehen. Derselbe hatte sich geweigert, in der ihm höheren Orts vorgeschriebenen Weise gegen die Journale vorzugehen, und richtete an den Generalprokurator einen Brief, welchen die Blätter von Toulouse veröffentlichten. Derselbe lautet:

„Herr General-Prokurator! Ich habe die Ehre, Ihnen dafür zu danken, daß Sie mir gefälligst die neuen Vorwürfe mitgetheilt haben, welche der Herr Großsigelbewahrer an mich gerichtet hat, und ich bitte Sie, die neuen Aergernisse zu entschuldigen, die ich Ihnen in diesem Augenblicke bereite. Aus dem Briefe

des Herrn Großsigelbewahrers vom 29. Dezember geht hervor, daß er nicht länger meine allzu schwachmüthigen Anklagen in Presssachen ertragen zu können glaubt. In der Sitzung unter der Aufsicht einer geheimen Polizei zu sprechen und Schlußanträge zu stellen, die mir im voraus von dem Herrn Großsigelbewahrer auferlegt sind — das sind zwei Dinge, die ich meinerseits nicht annehmen kann, und ich bitte Sie daher, Herr General-Prokurator, dem Herrn Großsigelbewahrer gefälligst meine Demission als Staatsanwalt in Toulouse zu übermitteln. Diese Demission ist durchaus keine freiwillige, sie ist mir durch die ungerechten und kränkenden Vorwürfe aufgezwungen, mit welchen ich seit einiger Zeit wegen meiner Haltung in den Pressprozessen überhäuft wurde, und ich falle einer wahren Ungnade zum Opfer, weil ich dem Kaiser mit der Mäßigung und Würde dienen wollte, welche uns der Herr Großsigelbewahrer in seinem Rundschreiben vom 4. Juni 1868 empfohlen hat.“

Dem Beispiele Herrn Seguiet's, der sich in die Liste der Pariser Advokaten hat aufnehmen lassen, ist nunmehr noch ein französischer Staatsanwalt, Herr Turquit in Verbins gefolgt. Die Studirenden der Juristenfakultät von Toulouse haben an Seguiet eine Anerkennungsadresse gerichtet.

Politische Rundschau.

Kaisbach, 12. Jänner.

Der von Dr. Koser eingebrachte Antrag auf Reduzirung der Arbeitszeit und darauf, daß Kinder unter vierzehn Jahren in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, kommt bekanntlich in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses zur ersten Lesung. Wie man hört, soll die Regierung zu dem Antrag bereits feste Positionen gefaßt haben. Der Handelsminister dürfte sich dahin aussprechen, „daß eine fixe Normirung der Arbeitszeit dem Selbstbestimmungsrecht des Arbeitnehmers in einem freien Staate nicht entspreche.“ Hingegen wird die Regierung dem zweiten Theile des Antrages vollständig beistimmen, welcher dahin geht, daß, wie bemerkt, Kinder unter vierzehn Jahren nicht in Fabriken beschäftigt werden sollen.

Die Florentiner „Gazetta Unificiale“ meldet, daß in den Provinzen Ferrara und Bologna Ruhestörungen stattgefunden haben, vermuthlich anlässlich der Wahlsteuer.

Ein Bericht des französischen Finanzministers an den Kaiser legt das günstige Finanzergebnis dar und konstatiert namentlich den Aufschwung der letzten Monate als Folge der Friedensversicherung und als Beweis, wie fruchtbar der Friede werden kann und wie die öffentliche Meinung ein Recht hat, den Bemühungen des Kaisers wegen Beseitigung des Konfliktes Beifall zu zollen.

Die der „France“ aus Spanien zugehenden Nachrichten stellen die Lage auf der Halbinsel als sehr beunruhigend dar. Man fürchtete in Madrid selbst eine von der republikanischen Partei, welche täglich an Kraft zunimmt, angestiftete Bewegung.

Der vom Belgrader „Bidodan“ gemeldete Kampf zwischen Christen und Muslimen in Albanien war sehr erbittert. Man zählt sechzig Tode. Wie es heißt, gehen fünf türkische Kanonenboote demnächst ins adriatische Meer. Die Nachricht französischer Blätter, daß die dänische Regierung der griechischen drei Kriegsschiffe abgetreten habe, ist unrichtig; wahr ist nur, daß die griechische Regierung drei neue Dampfer angekauft habe. Ferner hat die griechische Regierung eine Partie überzähliger Remington-Gewehre in Dänemark angekauft.

Zur Tagesgeschichte.

— Das Gesez zum Schutze der Singvögel, sowie das zum Schutze der Bodenkultur gegen Raupenschäden und Mistkäfer, die beide vom n. ö. Landtag beschlossen wurden, haben die kaiserliche Sanktion erhalten und sind von der „Wiener Zeitung“ bereits veröffentlicht worden.

— Zur Regelung der deutschen Rechtschreibung (die bekanntlich sehr im argen liegt) mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Unterrichtes in den Volksschulen und Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen) wird am 27. d. M. in Wien eine kommissionelle Beratung im Unterrichtsministerium beginnen. Zur Theilnahme an derselben sind der Prof. am Wiener polytechnischen Institute Hr. Schröder, ferner je ein Mitglied der Lehrervereine „Volksschule“ und „Mittelschule“, dann der Direktor des Pädagogiums Herr Dr. Dittes und der Lehrer an der k. k. Lehrerbildungsschule bei St. Anna eingeladen worden.

— Oesterreich scheint der Sammelplatz einer nicht unbedeutenden Anzahl vertriebener Herrscher werden zu wollen. Auch die ehemalige Königin von Spanien soll, wie verlautet, die Absicht haben, die Millionen, die ihr das Regieren in Spanien einbrachte, in Oesterreich zu verzehren. Sie hat in Ungarn zwei Güter gekauft und beabsichtigt, sich dort niederzulassen. Das eine Gut bei Szereb an der Waag gehörte früher dem Grafen Esterhazy und dürfte wohl hauptsächlich zu ihrem Aufenthalte bestimmt sein.

— Bekanntlich haben die Russifikationsbestrebungen der moskowitzischen Partei auch selbst den Kalender nicht vergessen. Mit dem Beginne dieses Jahres hat im Königreich Polen die Rechnung nach dem Gregorianischen Kalender definitiv aufgehört und ist der alte Kalender allein maßgebend bei Kontrakten und Verträgen sowohl für Behörden als Privatpersonen. Daß diese Maßregel vielfache Verwicklungen zur Folge haben muß, bedarf keiner weiteren Erklärung; denn wenn auch der alte Kalender bereits seit einem Jahre im amtlichen Verkehr üblich ist, so war in Privatgeschäften die Rechnung nach dem neuen Kalender doch noch gestattet und die meisten Dienst- und Miethskontrakte gründen bis heute noch auf diesen. Es liegen natürlich nun Verträge vor, die mit dem 31. Dezember neuen Stils ablaufen, aber nach der letzten Bestimmung bis zum 31. Dezember alten Stils dauern müssen, weil ein 31. Dezember neuen Stils nicht mehr als vorhanden angesehen werden darf, dadurch entsteht eine Differenz von 12 Tagen, die auszugleichen bleibt. Was in Bezug auf Verträge gesagt ist, findet auch auf den Wechselverkehr Anwendung, und hieraus dürften sich Schwierigkeiten ergeben, die auch den fremden, mit Polen in Handelsverkehr stehenden Kaufmann in Mitleidenschaft ziehen könnten.

Czechen und Kaukasus.

Der in Tiflis erscheinenden Zeitschrift Krawlas schreibt man aus Washington: Die in Amerika lebenden Czechen haben beschlossen, wegen ihrer Uebersiedlung nach dem Kaukasus in offizielle Unterhandlungen zu treten. Der erste Schritt in dieser Beziehung ist ein Gesuch, das dem russischen Gesandten in Washington überreicht wurde, und die Bildung eigener Komitees, welche die Uebersiedlung leiten sollen. In Cleveland haben czechische Meetings stattgefunden, auf welchen die Angelegenheit besprochen wurde. Insbesondere wurde geltend gemacht, daß die Czechen in Rußland ihre Nationalität bewahren können, während sie in Amerika von fremden Elementen absorbiert werden. In der Deputation, welche sich zum russischen Gesandten begab, befanden sich die Herren: Jonas, Redakteur der Slavia, Nowotny aus Racine, Jitel aus Omagi, Belohradsky, Redakteur der „Nar. Nov.“ aus St. Louis, Kysela aus New-York, Cicva und Cermak aus Baltimore. Der Gesandte nahm die Deputation sehr freundlich auf und übersandte ihr Gesuch mit den Auswanderungsbedingungen sofort nach St. Petersburg. Im März kann die Antwort zurück sein. Zu ihrem Agenten in dieser Angelegenheit haben die amerikanischen Czechen den russischen Juristen Basil Ivanovic Gubin gewählt, der in den letzten Monaten die czechischen Gemeinden in Amerika bereist hat und sich der Uebersiedlung mit großer Wärme annimmt. — Der „Krawlas“ spricht sich dafür aus, daß die czechische Emigration in Tiflis konzentriert werden möge. Die Freiheit scheint den emigrationslustigen nicht sehr ans Herz gewachsen zu sein, wenn sie die United States mit dem Kaukasus vertauschen wollen.

Ein fremdes Urtheil über Oesterreich.

Der frühere Gesandte der nordamerikanischen Freistaaten am Wiener Hofe, Herr Motley, hat in seiner amerikanischen Heimat einen Vortrag über Oesterreich gehalten, der nicht mit Stillschweigen übergangen werden darf. Wir heben daraus nachfolgende Stelle hervor: „Die gegenwärtige österreichische Regierung hat gewissenhaft den rechten Weg beschritten, um sich aus großen Schwierigkeiten hervorzuhinden, und der kaiserliche Vogen ruht nunmehr auf den zwei Säulen des Deutschthums und des Magharenthums, auf den zwei herrschenden Nationalitäten, bei welchen der Kanzler die festeste Unterstützung erwartet. Das Gesetz vom vergangenen Dezember begründet vollständige Freiheit für alle Meinungen, Freiheit der Presse, Freiheit des Glaubens, Freiheit der Heirat, Freiheit der Schule. Eine gerechtere, mehr erleuchtete und fortschrittliche Gesetzgebung könnte man nicht in New-York, Ohio, Massachusetts, noch in irgend einem andern Theile der (nordamerikanischen) Republik erwarten. Die Sache des menschlichen Fortschrittes im ganzen wird durch das, was man jetzt in Oesterreich versucht, gefördert. Leider muß der Fortschritt gehindert und gefesselt bleiben, so lange die Militärherrschaft in Europa anhält. Die fünf großen Mächte des Festlandes, alle übrigen kleineren Staaten und England ganz abgerechnet, halten in runder Summe 5 Millionen Mann für den Krieg bereit, während unsere große Republik sich mit 80.000 begnügt.“

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Original-Korrespondenz.

—o— Gili, 7. Jänner. (Vierte Versammlung des Verfassungsvereines.) Immer reger wird die Theilnahme an unserem jungen Vereine und schon ist die Zahl der Mitglieder auf 132 gestiegen; darunter sind 20 Mitglieder aus der nächsten Umgebung unserer Stadt. Wir zweifeln nicht, daß der Verein seine Aufgabe, ein fester Hort der Verfassung zu sein und zu bleiben, mit Glück lösen wird, wenn jedes Mitglied in seinem Kreise nach Möglichkeit die Interessen des Vereines wahr und fördert. Denn Biffen sprechen erst dann, wenn ihnen Leben gegeben wird, und nichts bedeutet das Wort, wenn ihm nicht die That folgt. Dabei dürfen wir freilich nicht vergessen, daß es auch Worte gibt, die selbst Thaten sind. In der einen wie in der anderen Richtung sehen wir unseren Verfassungsverein die richtige Bahn einschlagen und so beglückwünschen wir ihn zu dem kräftigen Anlaufe, den er seit der kurzen Zeit seines Bestehens genommen, und hoffen mit vieler Zuversicht, daß er fürder wachse und gedeihe zur Abwehr kurzfristiger Gegner, zur Freude aller, die es ehrlich meinen mit Fortschritt und Bildung.

Der vierte Vereinsabend brachte uns zwei ebenso gebiegene als interessante Vorträge. In dem einen erging sich Professor F. Balla über „die natürliche Grundlage und historische Entwicklung der religiösen Begriffe bei den Kulturvölkern des Alterthums.“ Dem Redner, der diesmal zunächst über die alten Ägypter sprach, gelang es, das reichhaltige Materiale geschickt zu einem abgerundeten Ganzen zu verknüpfen und darzutun, wie völlig abhängig die Anschauungen des Menschen seit jeher waren und sind von der ihm umgebenden Natur und ihren gewaltigen Einflüssen. Wir wünschen Herrn Balla zu seinem ersten Debut Glück und sind überzeugt, daß er seine Thätigkeit auch fernhin dem Vereine gerne zuwenden wird. Hatte der erste Vortrag eine populär-wissenschaftliche Bedeutung, so war der zweite rein praktischer Natur. Herr Dr. Leitmaier sprach nämlich über „die überhandnehmende Unsicherheit auf dem Lande, und die Mittel, wie selber zu steuern wäre.“ Mit gewohnter Beredtheit und vieler aus eigener Erfahrung geschöpften Einsicht verbreitete sich der Redner über sein, so viele Interessen des realen Lebens berührendes Thema. Wir glauben hier nur die Mittel anzuführen zu sollen, die der Redner als geeignet hinstellte, mit Erfolg gegen die Schädiger der Gesellschaft zu wirken. Er bezeichnete als solche folgende: 1. Schaffung der Bedingungen, unter welchen

eine allgemeine Betheiligung der Jugend am Schulunterrichte möglich wird, und eithische Bildung der Jugend in der Schule. 2. Hebung des Ackerbaues, der Viehzucht und Industrie. 3. Schaffung einer tüchtigen Sicherheitspolizei, wozu die imperative Zusammenlegung der kleinen Gemeinden zu großen und lebensfähigen nöthig ist. 4. Reform des Strafprozesses in Hinsicht auf die Erweiterung der Befugnisse und Mittel des Untersuchungsrichters. 5. Vollkommene Aenderung des Strafsystems (gemeinschaftliche Tagesarbeit, nächtliche Einzelhaft, gediegener Unterricht in den Strafanstalten.) 6. Bezirksarbeitshäuser für verschobene, entlassene Sträflinge und polizeilich zu überwachende Individuen. — In der That, ein artiges Stimmchen leider noch frommer Wünsche. Möge es den im Staate hiezu berufenen und berechtigten Faktoren gelingen, in dieser Richtung mit Erfolg thätig zu sein.

Total-Chronik.

— (Slovenischer Humor.) Am vorigen Samstag kam in der hiesigen Citalnica die czechische Oper König Wondra XXVI., ein Potpourri verschiedener Arien und Chöre aus bekannten Opern zur Aufführung. Die slovenische Uebersetzung des Operntextes ist im Buchhandel erschienen und wird von der „Novice“ als das „non plus ultra“ des gesunden mit pikanten Scherzen gewürzten Humors bezeichnet. Einen Vorgeschmack dieses Humors gibt der riesige, an allen Stabteden aufgellebte Theaterzettel, wo zugleich folgende Charakteristik der in der Oper auftretenden Personen zu lesen ist: Wondra XXVI., König aller Tarokisten, ein Mann von ungewöhnlicher Bedeutung (važnost), berühmter Förderer aller Künste (kūsti) und Fertigkeiten, besonderer Freund der Landwirtschaft, in Spezie der Mästung der Schweine, weshalb er auch Mitglied vieler Vereine wurde in seinem Vaterlande und in ganz Slovenien, ferner in der Türkei, in Amerika und jenseits des Meeres. Prinzessin, seine lebenswürdige und verzärtelte Prinzessin, Tochter der verstorbenen Königin, sie liebt insbesondere saubere Jünglinge und ein Stück guten „Jungfernbratels“, was ihr jedoch schlecht bekommt. Eldorado, Verwandter am königlichen Hofe, 25 Jahre alt, außerordentlich verliebt, singt Tenor wie ein Kanarienvogel, auch er ist ein großer Freund des Jungfernbratels und der Leberwürste. Hassan, Generalinspektor der königlichen Schweine, ein fürchterlicher Mann, denkt stets nur an Rache, und schwört oft in so tiefem Waf, daß er nicht mehr in die Höhe zurück kann. Er verdient, daß ihn der Teufel lebendig zerrippe. Pagan, erster Hofschlächter, Mitglied vieler gelehrten Gesellschaften, verkauft das Pfund Fleisch um einen Kreuzer wohlfeiler, als sonst wo, doch hilft er beim Abwägen mit dem Daumen nach. Fürst Arnost Sebastian Krispin Cavalari de los Parados, des Königs Vertrauter, ein prächtiger Mann, über die Maßen grazios, durch und durch Hösling, kurz gesagt: „Jeder Zoll ein Fürst.“ Weiters folgen die Nebenpersonen. Bei der ersten Aufführung war nach dem Theaterberichte der „Novice“ der Beifall ein so lebhafter, daß der Saal davon erzitterte.

— (Französische Sensenmuster.) Das Handelsministerium hat über Vorschlag der Wiener Handelskammer die Absicht kundgegeben, die aus Paris bezogenen Muster der in Frankreich gebräuchlichen Sensen an den Mittelpunkten der österr. Sensenfabrikation zur Ausstellung zu bringen. Die gegenwärtig bei dem niederösterreichischen Gewerbevereine verwahrte Kollektion dieser Sensenmuster wird zunächst in Waidhofen an der Ybbs zur Ausstellung gelangen. Wir wollen hoffen, daß auch den krainischen Sensenfabrikanten Gelegenheit geboten werden wird, an einem Ausstellungsorte in Krain die französischen Sensenfabrikation in Augenschein zu nehmen.

— (Preßprozeß der „Zukunft.“) Unter dem Titel „Steierisch-slovenische Justizwirtschaft“ war in dem in Wien erscheinenden Tagesblatte „Zukunft“ ein Artikel erschienen, in welchem der Bezirksrichter zu St. Leonhard, Herr Zirkelbach, und der Adjunkt derselbst, Herr Kogbed, ungesetzlicher Akte in ihrer Amtsthatigkeit bezichtigt wurden, sowie ihr Benehmen als

„ein flagranter Mißbrauch der Amtsgewalt“ dargestellt wurde. Der verantwortliche Redakteur der „Zukunft“, Herr Dr. Johann Peter Jordan, der den Verfasser des betreffenden Artikels nicht genannt hatte, wurde, nachdem die thatsächlichen Vorfälle, auf welche sich jener Artikel gründete, ganz anders sich verhalten, als sie in jenem Aufsatze dargestellt werden, zu 14 Tagen Arrest verurtheilt. Ferner wurde gegen sein Journal ein Kautionsverfall von 100 fl. ausgesprochen.

Aus dem Vereinsleben.

Konstitutioneller Verein in Laibach. Die achte Hauptversammlung fand gestern Abends 7 Uhr im Saale der Schießstätte statt. Den Vorsitz führte Obmann-Stellvertreter Deschmann. Schriftführer war Dr. Schaffer, als Regierungskommissar fungierte Herr Magistratsvorstand Guttman. Anwesend waren 122 Mitglieder.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung theilte der Vorsitzende mit, daß die Zahl der Vereinsmitglieder gegenwärtig 550 betrage, dann daß die im Verein schon besprochene Erledigung der wegen des Sprachengesetzes an den Landtag gerichteten Petition inzwischen zugestimmt wurde. Er gibt ferner bekannt, daß der verstärkte Ausschuss für die Gemeinderathswahlen die neuen Wählerlisten sorgfältig geprüft und die erforderlichen Reklamationen eingebracht habe, endlich daß das Ausschussmitglied, welches sich behufs einer genaueren Information über die Volkstafel nach Graz begeben hatte, zurückgekehrt sei und wenn es die Zeit gestattet, noch heute referiren werde.

Sodann wurde zum ersten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen und Herr Dr. S u p p a n legte seinen in der letzten Versammlung unterbrochenen Vortrag über das neue Wehrgesetz fort. Redner recapitulirt zunächst aus seinen früheren Auseinandersetzungen, daß er sich für das System der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen, daß dieses seinen unversähten Ausdruck jedoch nur im Militärsystem finde und daß deshalb darnach gestrebt werden müsse, immer mehr jene Bedingungen zu schaffen, welche die Einführung des letztern endlich auch bei uns ermöglichen. Der Vortragende kritisiert nun die wichtigsten Bestimmungen des neuen Wehrgesetzes. Die bereits leghin erörterte Gliederung des Heeres anbelangend, ist im Vergleiche mit andern Wehrverfassungen nur die Ersatzreserve eine leider nicht glückliche Neuerung. In der Höhe von 100.000 Mann ist sie bestimmt, im Falle eines Krieges die Abgänge zu decken, im Frieden bleibt sie nur in Vormerkung, hat aber keinen Dienst und keine Waffenübung zu verrichten. Sie wurde schon im Reichsrathe theils aus politischen, theils aus sachlichen Gründen bekämpft; in ersterer Beziehung wurde vorgebracht, daß die Maßregel zur Umgehung des Rekrutenbewilligungsrechtes führen könne, in letzterer, daß eine durchaus ungeliebte Ersatzreserve dem Heere keine ausgiebige Unterstützung gewähre und besonders bei der Kürze der Kriege der Jetztzeit gewöhnlich dann erst kriegstüchtig sein werde, wenn der Krieg schon vorüber ist. Redner hält die politischen Einwände für unftchtig, da ja das Gesetz die Einberufung der Ersatzreserve ausdrücklich an den Kriegsfall knüpft, wohl aber findet er die sachlichen begründet und deshalb das ganze Institut unzweckmäßig.

Die Kriegsstärke des Heeres wurde ebenfalls schon leghin detaillirt auseinandergesetzt. Die Majorität im Reichsrathe normirte 800.000 Mann Linie und zirka 200.000 M. Landwehr, die Minorität 600.000 M. Linie und zirka 400.000 Mann Landwehr. Die Majorität verief sich auf den norddeutschen Bund, auf Frankreich und Rußland, die alle eine noch größere Wehkrast entwickeln, die Minorität betonte die Friedenspolitik, die Oesterreich allein verfolgen solle. Durchschlagende Gründe für die eine oder andere Ziffer wurden von keiner Seite vorgebracht. Redner entscheidet sich in diesem Punkte theils aus politischen Gründen, theils weil weniger die Kriegsstärke als der hohe Präsenzstand im Frieden immer unser Ruin war, für die Ansicht der Majorität.

Die Dienstdauer erstreckt sich auf 12 Jahre, vom 20. bis 32. Jahre. Der Vortragende weist zunächst auf die große Lücke des Gesetzes hin, die darin liegt, daß ein Stellungspflichtiger, der das erste mal gleich in die Ersatzreserve oder Landwehr kam, wenn er möglicherweise später in der zweiten oder dritten Altersklasse, wo er sich nochmals stellen muß, in die Linie eingereicht wird, nach d. m. Wortlaute des Gesetzes sich das eine oder die zwei Jahre, die er schon in der Ersatzreserve oder Landwehr gedient, nicht einrechnen könne und so am Ende 13 oder 14 Jahre dienstpflchtig wäre. Uebrigens steht die Dienstdauer im Zusammenhange mit der Kriegsstärke.

Die Minorität wollte nur eine zehnjährige Dienstdauer und meinte, daß durch eine jährliche Aushebung von 100.000 Mann in 10 Jahren die Million erreicht sei, hiebei vergaß sie jedoch auf den ungefähr 4perz. jährlichen Abgang, der es eben bewirkt, daß erst in 12 Jahren trotz jährlicher 100.000 Mann, eine Million erreicht wird.

Was die Abtheilung der Dienstzeit anbelangt, wurden die verschiedenen Arten derselben auch schon das letzte mal erwähnt. Eine Differenz bestand nur in einer Beziehung. Die Majorität setzte fest: 3 Jahre Linie, 7 Jahre Reserve und 2 Jahre Landwehr, die Minorität wollte: 2 Jahre Linie, 4 Jahre Reserve und und 4 Jahre Landwehr.

Redner spricht sich hinsichtlich der Dienstzeit in der Linie für zwei Jahre aus und bedauert umfomehr, daß das Gesetz nicht diese Dienstzeit anerkannte, da sogar die Regierung erklärte, daß in der Praxis nur ungefähr zwei Jahre werden beansprucht werden; er betont weiter die Unzukommlichkeit, daß bei uns so viel Mannschaft (270 Mann per Regiment) zu ändern, nicht streng militärischen Dienstleistungen verwendet werden, was anderwärts (in Preußen z. B. nur 90 Mann per Regiment) nicht der Fall ist. Weiter ist Redner dann für eine achtsjährige Dienstzeit in der Reserve und zwei Jahre in der Landwehr, nicht aber mit der Minorität für 4 Jahre Reserve und vier Jahre Landwehr, ungeachtet sich letztere Bestimmung mehr dem Militärsystem nähert. Allein unsere eigenthümliche Wehrverfassung, wornach die respektiven Landwehren ohne Parlamentsbewilligung nicht außer Landes verwendet werden können, erfordern dringend, daß das unbedingt disponibele stehende Heer vor der Hand nicht zu sehr geschwächt werde; hiebei wäre auch zu berücksichtigen, daß der Dienst in der Reserve nicht drückender ist, als in der Landwehr, daher dem einzelnen keine größere Last erwächst.

Redner spricht weiter sein Bedauern aus, daß der § 13 des Wehrgesetzes zu Stande kam und daß der Reichsrath auf ein so schwer erkämpftes Rekrutenbewilligungsrecht ohne genügende Gründe auf 10 Jahre verzichtet habe.

Am Schlusse erwähnt Redner noch die von denjenigen, die wegen körperlicher Gebrechen ihrer Dienstpflicht nicht genügen können, an den Invalidenfond zu entrichtende sogenannte Krappeltaxe, die sich zwar durchaus nicht vom rechtlichen Standpunkte begründen lasse, aber im Wege der Billigkeit etwa von solchen erhoben werden könnte, die nicht an sich erwerbsunfähig, sondern zum Militärdienste untauglich sind. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Der Vortragende spricht dem Redner den Dank der Versammlung für seinen klaren, gründlichen und lehrreichen Vortrag aus.

Sobin sprach Professor Pirker in längerem, von stürmischem Beifalle begleiteten Vortrage über die Frage: Welche Aufgabe hat der Gemeinderath der Landeshauptstadt und was für Männer sollen wir in denselben wählen?

Wir kommen auf die gelegene Rede Pirkers an anderer Stelle zurück und wollen hier nur einen kurzen Auszug derselben geben.

Redner besprach die Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeinderathswahlen, die als Zeichen politischen Fortschrittes erfreuliche allgemeine Theilnahme an den von beiden Parteien bereits getroffenen Wahlvorbereitungen. Unsere Parole sei Licht, unser Feldgeschrei: Fortschritt. Was werde wohl Parole und Feldgeschrei der Gegner sein?

Redner ging sodann auf die Verhältnisse der Stadt Laibach über, welche in Folge der Nachwehen einer üblen Wirtschaft die volle Thätigkeit der neuen Gemeindevertretung in Anspruch nehmen werde.

Die allgemeine Wahlbetheiligung sei nothwendig; man entwinde sich der Lethargie, man dürfe nicht nach dem Grundfage: „Eine Stimme gibt doch nicht den Ausschlag“ handeln, sondern vollkählig zur Wahlurne erscheinen. Die vorjährigen Wahlen zeigten die günstigen Erfolge des gemeinsamen Wirkens, ein Umschwung zum Bessern sei erfolgt. Die Schaar der vom nationalen Schwindel begeisterten werde täglich geringer, man suche für das moriche Gebäude die letzte Stütze bei den Anhängern der Reaction.

Den neuen Gemeinderäthen biete sich ein weites Ziel. Man erwartet von ihnen Einigkeit und Zusammenhalt in allen die Wohlfahrt der Stadt betreffenden Dingen, die neue Gemeindevertretung hat auch die Aufgabe, für die Verfassung einzustehen.

Man erwarte von den neuen Vätern der Stadt, daß sie für das Wohl derselben ohne Rücksicht auf einflussreiche Personen einsteuen und bei den Beratungen stets erscheinen, daß sie einen würdigen Bürgermeister wählen, mit dem Gemeindevermögen gewissenhaft gebahren, ihren Einfluß auf Hebung des Unterrichts geltend machen, die Einpflanzung verschrobener Nationalitäts-Ideen in die jugendlichen Gemüther nicht dulden und auch auf den Unterricht der gewerblichen Jugend ihr Augenmerk richten.

Bei der Anstellung und Befolgung der Gemeindebeamten möge auf die Erspriechlichkeit der Dienstleistung gesehen werden; es dürfe nicht vorkommen, daß für unfähige Parteigänger eine Stelle kreirt werde, es sei bedauerlich, wenn Gemeindebeamte ihr Amt als Nebenjache behandeln.

Die Verschönerung der Stadt nach Maß der finanziellen Kräfte sei anzustreben. Diesfalls seien die Verdienste des gegenwärtigen Magistratsleiters in vollem Maße anzuerkennen und an ihn die Bitte zu richten, fortan mit kräftigem Arm für das Wohl der Gemeinde zu wirken.

Die Erhaltung und Reinigung der Straßen und Alleen, die Ueberwachung des arbeitsscheuen Proletariats, die Ordnung der Feuerlöschanstalten sei dringend nothwendig.

Man müsse Männer aus allen Ständen wählen, die an der Verfassung festhalten, Kenntniß und Wissen mit hieherm Charakter verbinden und in Gemeindeangelegenheiten schon erfahren sind; nicht große Gelehrsamkeit, sondern redlicher, selbständiger Wille, gesunder Hausverstand, entschlossene Thatkraft werden erfordert.

Die erste Aufgabe sei, bei den Probewahlen zahlreich zu erscheinen und an den dort aufgestellten Kandidaten festzuhalten.

Dr. Schaffer beantragt die Vertagung der weiteren umfangreichen Punkte der Tagesordnung auf die nächste Versammlung.

Wojchnagg beantragt im Interesse der baldigen Besprechung der Grünbung der Volkstafel die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung. Ueber Bemerkung Dr. Schaffer's, es sei zweckmäßig, diese Angelegenheit vorerst publizistisch zu behandeln, zieht Wojchnagg seinen Antrag zurück und es wird jener Dr. Schaffer's angenommen.

Witterung.

Laibach, 12. Jänner.

Morgens dicht bewölkt, die Bewölkung anhaltend, empfindlich kalt. Temperatur: Morgens 6 Uhr — 3.4°, Nachm. 2 Uhr — 2.0° (1868 — 1.3°, 1867 + 8.7°). Luftdruck im Stenken 330.34. Das gestrige Tagesmittel der Wärme — 1.7°, um 0.4° über dem Normale.

Angewommene Fremde.

Am 11. Jänner.

Elefant. Sever, Handelsm., Rassenfuß. — Winternitz, Wien. — Ogrinz, k. l. Hauptmann, Planina. — Parth, Sangerberg. — Pelenco, Agent, Trieste. — Kobler, Kaplan, Porgnau. — Belusik, pens. Komitats-Arzt.

Stadt Wien. Neumann, Pest. — Dvoracel, pens. Militärst. — Medig, Handelsm., Gottschee. — Stalzer, Fabrikant, Gottschee. — Rosenberger, Kaufm., Wien. — Rohn, Kaufm., Wien. — Luz, Kaufm., Wien. — Starja, k. l. Postmeister, Krainburg. — Urbantschitsch, Gutsbes., Tourn. — Frau Dolenz, Wippach. — Gertraud Jakitsch, Gottschee.

Marktbericht.

Krainburg, 11. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 128 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Holz, 126 Stück Schweine von 14 bis 19 fr. pr. Pfund, und 22 Wagen mit Speck.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen pr. Megen	4	90	Butter pr. Pfund	—	34
Korn	3	74	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Haser	1	95	Rindfleisch pr. Pfd.	—	20
Halbfrucht	—	—	Kalbsteisch	—	22
Heiden	2	50	Schweinefleisch	—	20
Hirse	2	45	Schöpfenfleisch	—	15
Kukuruz	3	—	Bündel pr. Stück	—	24
Erdäpfel	1	40	Trauben	—	10
Linsen	—	—	Heu pr. Centner	—	—
Erbsen	—	—	Stroh	—	—
Höfen	4	16	Holz, hartes, pr. Kst.	5	60
Rindschmalz pr. Pfd.	—	49	weiches, „	3	70
Schweineschmalz	—	33	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch,	—	32	Eimer	5	—
Speck, geräuchert,	—	36	weisser	—	—

Gedenktafel

über die am 14. Jänner 1869 stattfindenden Pizitationen.

1. Feilb., Schmid'sche Real., St. Hermagor, 1967 fl., W. Kad. — 2. Feilb., Real. Urb. Nr. 485 ad Herrschaft Welbes, W. Kadmannsdorf. — 2. Feilb., Real. Post-Nr. 31/a ad Herrschaft Kadmannsdorf, W. Kadmannsdorf.

Theater.

Heute: **Margarethe (Faust).**

Personen: Faust, Hr. Ander. — Messfioleses, Hr. De-carli. — Valentin, Hr. Götlich. — Brander, Hr. Pichon. — Margarethe, Fr. Pichon. — Siebel, Fr. Weiß. — Marthe, Fr. Jessita.

Telegramme.

Paris, 11. Jänner. Griechenland beansprucht in der Konferenz eine gleiche Stellung wie die Türkei. Die Mächte beschloffen in der Konferenz, Griechenland nur eine konsultivstimmte zuzugestehen. Der griechische Gesandte telegrafirte nach Athen die Anfrage, ob er unter diesen Verhältnissen der Konferenz beiwohnen solle. Der „Moniteur der Armee“ sagt: Frankreich ist in der Lage, allen Eventualitäten die Stirne zu bieten; es ist heute stark genug, um mit allen europäischen Mächten in Harmonie zu leben und diejenigen erfolgreich zu bekämpfen, welche einen ungerechten Krieg unternehmen wollten.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 12. Jänner.

5perc. Metalliques 60.80. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.80. — 5perc. National-Anlehen 65.30. — 1860er Staatsanlehen 92.80. Bankaktien 687. — Kreditaktien 253.30. — London 119.70. — Silber 117.50. — K. l. Dukaten 5.68.